

29./X. 1914.

34

Aus dem Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

Die Gesuche um Ausnahmen von den Ausführ-
verboten. — Gegen die Lügennachrichten der feind-
lichen Presse. — Das Einigungsamt in der Handels-
kammer. — Der Zinstermin. — Briefzensur und
Geldbriefe.

In der gestrigen Sitzung des Permanenz-
komitees für Industrie, Gewerbe und Handel wurde
zunächst über die Audienz beim Ministerpräsidenten
hinsichtlich der Ausführverbote berichtet. An
der Audienz hatten Kammerpräsident Paul Ritter
v. Schoeller, Abg. Max Friedmann und
Kammersekretär Dr. Ristor teilgenommen. Die
Deputation wies auf die Schwierigkeiten hin, welche
Handel und Industrie aus der langen Dauer der
Erledigungen der Gesuche um Ausnahmen von den
Bestehenden Ausführverboten erwachsen, und ins-
besondere auch darauf, daß eine große Anzahl von
Waren mit dem Ausführverbote belegt sei, ohne daß
dies durch die Umstände begründet sei. Die Deputation
brachte hiefür eine Reihe von Beispielen vor und gab
schließlich dem Wunsche Ausdruck, daß die Ent-
scheidung über Ausnahmen von Ausführverboten
kommissionell unter Hinzuziehung von Vertretern der
Fachreise, wie dies in Deutschland bereits der Fall
sei, geschehe. Der Ministerpräsident, der die Aus-
führungen mit lebhaftem Interesse entgegennahm,
würdigte die vorgebrachten Argumente und gab
schließlich die Erklärung ab, wegen der Regelung der
Ausfuhrbewilligungen im Sinne der vorgebrachten
Wünsche Fühlung nehmen zu wollen.

Hierauf beschäftigte sich das Permanenzkomitee
mit der Notwendigkeit, den lägenhaften Nachrichten
der englischen und französischen Presse entgegen-
zutreten. Es ist beabsichtigt, den bereits eingeleiteten
Aufklärungsdienst der Handelskammer in den
neutralen Staaten, insbesondere in Nordamerika,
weiter auszubauen und zunächst ein Rundschreiben
durch Vermittlung der Kaufmannschaft und besonders
der Exporteure zu versenden, welches die Wahrheit
der Ereignisse darstellt.

Das bei der Kammer eingerichtete Ein-
igungsamt für Forderungen von Geschäftsleuten
erfreut sich einer regen Inanspruchnahme, und es
wurden sämtliche bisher durchgeführten Verhand-
lungen erfolgreich abgeschlossen.

Das Permanenzkomitee beschloß, neuerdings bei
der Regierung vorstellig zu werden, um für den
Novembertermin die Umwandlung der
halbjährlich zu entrichtenden Mietzinse
in vierteljährliche und der viertel-
jährlichen in monatliche, wie dies schon
früherzeit angeregt wurde, zu erreichen.

Die vor kurzem beim Hauptpostamt geschaffene
Möglichkeit, Briefe für das Ausland sofort zen-
surieren und schließen zu lassen, ist im Publikum und
allem Anschein nach auch auf manchen Postämtern
noch nicht genügend bekannt. Es erweist sich aber als
ungerechtfertigt, daß auch im Falle des Bei-
schlusses von Rimesenderartige Briefe
als Geldbriefe angesehen und dem hohen
Porto für Geldbrieffendungen unterworfen werden.
Es ist dies um so weniger gerechtfertigt, als die Post-
verwaltung keine Verantwortung für die Sendungen
übernimmt. Es wurde beschlossen, an maßgebender
Stelle um Abhilfe vorstellig zu werden.